



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage-Nr.: 2007/0817

Veranlasser / Verursacher
DIE LINKE.

Datum: 01.10.2007

Aktenzeichen:

Antrag

Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 22.09.2007 zur Einrichtung eines kommunalen Bildungsfonds

Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Ausschuss für Arbeit, Jugend, Frauen und Soziales	31.10.2007	2	öffentlich
Ausschuss für Bildungswesen und Kultur	01.11.2007	3	öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	05.11.2007	11	öffentlich
Kreistag	09.11.2007	24	öffentlich

Beschlussvorschlag:

1. Der Landkreis Kassel richtet nach dem Vorbild anderer Städte, Gemeinden und Landkreise einen Bildungsfond ein. Aus diesem erhalten schulpflichtige Kinder und Jugendliche aus bedürftigen Bedarfsgemeinschaften („Hartz IV“, Sozialgeld, Niedriglohn) unbürokratisch finanzielle Unterstützung für Schulmaterial, zum Beispiel für Schulranzen, Taschenrechner, Hefte, Zeichenblocks, Zirkel und andere Lernmittel, die von der Lernmittelfreiheit in Hessen nicht abgedeckt sind.
2. Außerdem dient der Bildungsfond dazu, bedürftigen Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an außerschulischen Aktivitäten kostenfrei zu ermöglichen. Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Vorlagen vor. Ermöglichen. Dazu gehören zum Beispiel die Mitgliedschaft in Sport- und/oder Kulturvereinen, die Teilnahme an Veranstaltungen der

außerschulischen Bildung und dergl.

3. Der Kreisausschuß wird beauftragt, die weiteren Details des Bildungsfonds zeitnah in einem Konzept niederzulegen und umzusetzen.

Begründung:

In den regionalen und überregionalen Medien wurde in den letzten Wochen immer wieder thematisiert, daß viele Schülerinnen und Schüler, deren Eltern „Hartz IV“-Empfänger sind oder ein geringes Einkommen haben, sich die Grundausrüstung für die Einschulung nicht leisten können. Auch im späteren Schulverlauf fallen Kosten an, die von armen Familien nicht getragen werden können. Die Pauschale gemäß SGB deckt nicht einmal die notwendigen Ausgaben für Schulmaterial ab. Um der zunehmenden Kinderarmut im Landkreis zu begegnen und Kindern und Jugendlichen Chancengleichheit zu ermöglichen, müssen die dafür notwendigen materiellen Voraussetzungen geschaffen werden. Ein Bildungsfond kann für bedürftige Kinder und Jugendliche an allen Schulen ausgleichend wirken. Er kann den Betroffenen helfen, ohne daß sie in ihren Schulen auffallen oder stigmatisiert werden.

Ein kommunaler Bildungsfond wird mittlerweile in zahlreichen Kommunen eingerichtet. In Oldenburg zum Beispiel wurde der Fond mit 200.000 Euro ausgestattet und soll im Jahr 2008 sogar 400.000 Euro aus der Stadtkasse erhalten. Vor der Kommunenwahl hatten sich auch die CDU und die Grünen auf eine Unterstützung des Schulbeihilfefonds verständigt. Die SPD schlug dort vor, den Fond nicht nur mit 300.000 Euro, sondern mit 400.000 Euro auszustatten, um damit Kinder geringverdienender Eltern wirksam unterstützen zu können (Quelle: Quer Heft 1).

Christian Knoche

Anlage/n:

Beschreibung
Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 22.09.2007
Antrag der SPD-Fraktion vom 30.10.2007
Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN vom 30.10.2007
Antrag der CDU-Fraktion vom 30.10.2007
Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen vom 05.11.2007